

Anlage „Entwicklung eines Handlungskonzeptes für Demokratie in Magdeburg“

Begründung

Ausgangssituation

„Magdeburg ist ein Ort, an dem Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Aufenthaltsstatus, sexueller Orientierung oder anderer Merkmale verschieden sein und friedlich zusammenleben können. Wir alle stehen gemeinsam für ein weltoffenes, menschenfreundliches und demokratisches Magdeburg. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, Menschen oder Gruppen von Menschen zu diskriminieren oder ihnen die Menschenrechte zu verweigern.“ (aus dem Aufruf zum Aktionstag am 20. Januar 2018)

So oder ähnlich wurde es in den letzten Jahren regelmäßig in den Aufrufen zu den Aktionen um den 16. Januar herum formuliert. Dies war und ist Selbstverständnis und Vision der Akteur*innen. Dies zeigte und zeigt sich in verschiedenen, oft regelmäßigen Aktivitäten: besonders eindrücklich jeweils im Januar, aber auch in den Internationalen Wochen gegen Rassismus, den Europawochen, dem Fest der Begegnung, den Interkulturellen Wochen oder in kurzfristigen Reaktionen auf die Herausforderungen rechtsextremer Ereignislagen.

Wie diese Vision konkret langfristig umgesetzt werden soll, wurde bisher nicht genauer ausformuliert. Wahrscheinlich ist auch dies einer der Gründe dafür, dass die Aktivitäten oft auf einen bestimmten Kreis an Teilnehmenden begrenzt blieben. Um diese Vision breiter in der Stadtgesellschaft zu verankern, besteht daher die Herausforderung, weitere Zielgruppen und andere Bevölkerungsschichten zu erreichen.

Daher ist im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie (PfD) 2019 die Idee entstanden, in Magdeburg einen Prozess anzustoßen, um beteiligungsorientiert gemeinsam mit möglichst vielen Menschen in der Stadt ein „Handlungskonzept für Demokratie“ (Arbeitstitel) zu entwickeln und dies am Ende dieses Prozesses im Stadtrat zu beraten und zu beschließen.

Akteur*innen: Die Partnerschaft für Demokratie (PfD)

Die Partnerschaft für Demokratie (<https://www.miteinander-ev.de/partnerschaft-fuer-demokratie-in-der-landeshauptstadt-magdeburg/>), 2007 als „Lokaler Aktionsplan für Demokratie“ begonnen, will Aktivitäten für ein demokratisches und menschenfreundliches Zusammenleben in der Landeshauptstadt Magdeburg anregen und unterstützen. Gefördert mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (<https://www.demokratie-leben.de/>), dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit (<https://demokratie.sachsen-anhalt.de/landesprogramm-wir-sind-das-land/>) sowie mit Mitteln aus der Landeshauptstadt Magdeburg hat sich die PfD für Magdeburg drei Leitziele gesetzt:

- Demokratie fördern: Förderung eines demokratischen Zusammenlebens und respektvoller Zusammenarbeit auf allen Ebenen
- Vielfalt gestalten: Vielfalt wahrnehmen, sichtbar machen, unterstützen und gestalten
- Extremismus vorbeugen: Menschen in Magdeburg zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Populismus und Phänomenen der Ungleichwertigkeit (GMF) sensibilisieren, befähigen und sie in Konflikten stärken und unterstützen

Konkret umgesetzt wird dies u.a. durch die Förderung von Projekten sowie die jährliche Durchführung einer sog. „Demokratiekonferenz“, um Aktivitäten zu planen. Entscheidendes Gremium für die Gestaltung der PfD ist der sog. „Begleitausschuss“, der aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammengesetzt ist. (Der Stadtrat ist dort durch den Vorsitz des Jugendhilfeausschusses vertreten.)

Die aktuelle Förderphase 2020-2024 ist möglicherweise die letzte Förderphase für die PfD in Magdeburg. Daher soll sie und die dadurch vorhandenen finanziellen Ressourcen genutzt werden für die nachhaltige Entwicklung eines Handlungskonzeptes für Demokratie, das über die Förderphase hinaus Bestand haben soll. Ist ein solches Handlungskonzept erst einmal entwickelt und verabschiedet, kann es nach angemessener Zeit mit weniger Aufwand überprüft und aktualisiert werden.

Ziele

- Wahrnehmung und Würdigung von vorhandenen Aktivitäten

Die schriftliche Fixierung dessen, was bereits geschieht, macht diese Aktivitäten und Maßnahmen für ein breiteres Publikum sichtbar. Dadurch werden die Aktivitäten gewürdigt, die (z.T. ehrenamtlich engagierten) Akteur*innen erfahren Wertschätzung und Anerkennung durch ihre Kommune.

- Transparenz: Klarheit schaffen

Die Verschriftlichung dessen, was geschieht und wer dabei die handelnden Akteur*innen sind, verschafft Transparenz und Klarheit. Angebote werden sichtbarer und können so leichter in Anspruch genommen werden. Für Außenstehende wird der Kontakt zu den Ansprechpartner*innen niedrigschwelliger möglich, die Vernetzung von Aktivitäten und Akteur*innen wird erleichtert. Kritische Anfragen können einfacher beantwortet werden.

- Diskussionen ermöglichen und führen

Diskussionen in der Volksstimme oder in den Sozialen Netzwerken zeigen, dass in der Stadt Konflikte existieren über Fragen des Zusammenlebens und über den öffentlichen Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit. In vielen Gesprächen, die die Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg bei Miteinander e.V. führt, wird deutlich, dass unterschiedliche Akteur*innen diesbezüglich unterschiedliche Erwartungen an andere haben, es jedoch wenig Gelegenheiten gibt, dass diese offen angesprochen und diskutiert werden. Der bewusst über einen längeren Zeitraum geplante Prozess zur Erstellung eines Handlungskonzeptes bietet die Möglichkeit, unterschiedliche Perspektiven auf die Konflikte zu hören und zu Wort kommen zu lassen. So können Streitpunkte erkannt und ggf. Diskussionen geführt werden. Die Entwicklung eines Handlungskonzeptes für Demokratie soll dazu anregen, diese Konflikte wahrzunehmen, sie aktiv anzugehen und sie konstruktiv mit möglichst vielen Beteiligten auszutragen.

- Planung und Entwicklung nächster Handlungsschritte

Das Handlungskonzept soll nicht nur fixieren, was existiert, sondern auch einen Verständigungsprozess darüber initiieren, was für die nächsten Jahre geplant wird. Die Vision einer „Stadt für alle“ soll mit möglichst vielen Bürger*innen diskutiert und umgesetzt werden.

- Ansprache und Aktivierung neuer Zielgruppen

Um bei der Umsetzung der Vision einer Stadt für alle möglichst viele Bürger*innen zu beteiligen, werden mit der Entwicklung eines Handlungskonzeptes breite Bevölkerungsschichten angesprochen. Insbesondere Menschen in der Mitte der Bevölkerung, die den Aktivitäten bisher eher neutral gegenüber stehen, sollen mit geeigneten Formen angesprochen werden. Dies kann sich langfristig positiv auf die Beteiligung bei zukünftigen Aktivitäten auswirken.

Langfristig soll ein schriftlich fixiertes und verabschiedetes Handlungskonzept das demokratische Gemeinwesen fördern, Vielfalt in der Stadt bewusst gestalten und Menschen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Populismus und Phänomenen der Ungleichwertigkeit (GMF) sensibilisieren.

Inhalte und Methoden

- **Beteiligungsorientierte Diskussion**

Die Entwicklung eines Handlungskonzeptes für Demokratie soll demokratisch gestaltet werden, so dass das Ziel einer Stadt von gleichberechtigten Akteur*innen bereits im Prozess erfahrbar wird. Daher muss diese Entwicklung möglichst beteiligungsorientiert gestaltet werden. Es ist daher erklärtes Ziel der organisierenden Akteur*innen, zu Beginn des Prozesses die Idee aktiv in unterschiedlichen Gremien und Gruppen in der Stadt bekannt zu machen, um von ihnen zu hören und Bedarfe aufzunehmen. Später im Prozess sollen dann Zwischenergebnisse entsprechend zurückgetragen und Änderungswünsche mitgenommen.

Weitere und andere Formen zur Beteiligung sind ausdrücklich erwünscht. Ideen hierzu nehmen die Beteiligten gerne mit auf.

- **Workshops an unterschiedlichen Orten der Stadt mit unterschiedlichen Zielgruppen zur Erhebung von Bedarfen**

Hierzu sind unterschiedliche Formate denkbar, die den jeweiligen Zielgruppen und Rahmenbedingungen angepasst werden können. Die Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg hat einen idealtypischen Ablaufplan für einen solchen Workshop entwickelt, der den jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst werden kann.

- **Vergabe Problem- und Situationsanalyse: Wo ist Bedarf?**

Die Vergabe einer wissenschaftlichen Problem- und Situationsanalyse stellt zu Beginn des Prozesses neben die Expertise und Erfahrung der Menschen vor Ort eine Perspektive von außen. Diese ermöglicht wissenschaftliche Vergleichbarkeit sowie eine offene Diskussion über die Ergebnisse. Der Begleitausschuss der Pfd hat bereits Vorüberlegungen dazu angestellt, ob es möglich ist, die in Magdeburg vorhandene wissenschaftliche Expertise an Universität und Hochschule für dieses Vorhaben zu nutzen. Die Finanzierung der Problem- und Situationsanalyse soll über die beim Jugendamt zur Verfügung stehenden Projektmittel aus dem Förderprogramm „Demokratie leben!“ erfolgen.

Notwendige Ressourcen

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der für die „Partnerschaft für Demokratie“ bis einschließlich 2024 bereitgestellten Mittel (über das Bundesförderprogramm „Demokratie leben!“).

An personellen Ressourcen werden die vorhandenen Ressourcen der Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg bei Miteinander e.V. sowie des Jugendamtes genutzt.

Zeitplan

Vorbereitende Aktivitäten

- 1. Halbjahr 2019: Vorstellung und Diskussion der Idee zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes für Demokratie im Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie
- 12. Juni 2019: Demokratiekonferenz „MakerSpace für Demokratie“: Vorstellung des Vorhabens, Sammlung von Vorhandenem, Ideen und Bedarfen als Grundlage für die Entwicklung des Handlungskonzeptes. (Diese Ergebnisse wurden in einem Fotoprotokoll gesichert.)
- Sommer 2019: Ausführung des Vorhabens im Antrag des Jugendamtes zur Fortführung der Partnerschaft für Demokratie (Pfd) für die neue Förderperiode 2020-2024 im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“
- Herbst 2019 bis jetzt: Beratungen zur Erarbeitung eines Zeit- und Maßnahmenplans

Die Erstellung des Handlungskonzeptes soll beteiligungs- und prozessorientiert erfolgen. Dieser Zeit- und Maßnahmenplan ist daher vorläufig und wird regelmäßig im Begleitausschuss überprüft und ggf. veränderten Rahmenbedingungen und Anforderungen angepasst werden. Die Aufnahme von weiteren Ideen oder Maßnahmen ist daher möglich und ausdrücklich erwünscht.

Der Stadtrat soll (über den Jugendhilfeausschuss) laufend über die Aktivitäten informiert und in die Planungen einbezogen werden. Die handelnden Akteur*innen sind dabei offen für unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit.

Zudem ist es möglich, dass aufgrund der Corona-Pandemie die Planungen weiter angepasst werden müssen. (So ist zum aktuellen Zeitpunkt unklar, ob die Demokratiekonferenz am 10. Juni wie geplant stattfinden kann oder ggf. verschoben werden muss. Über alternative Wege der kontaktfreien Kommunikation und Diskussion mit Hilfe von Onlineformaten sowie ihre Vor- und Nachteile wird derzeit nachgedacht.)

Geplant sind zum aktuellen Stand (15.04.2020) folgende Maßnahmen zur Weiterarbeit:

- 10. Juni 2020: Demokratiekonferenz
- Juni 2020: öffentliche Vorstellung des Vorhabens mit Aufruf zur Beteiligung
- Bis Sommerpause 2020: Planung zur Organisation und Zielstellung der Problem- und Situationsanalyse
- Sommer 2020: Vergabe der Problem- und Situationsanalyse
- 2020/21 Befragung zur Bestandsaufnahme im Rahmen der Problem- und Situationsanalyse: Wo sehen sie Probleme und Handlungsbedarf? Zukunftsvisionen VI
- 2020/21 Durchführung von Workshops zur Bedarfsanalyse
- Juni 2021: Demokratiekonferenz
- Herbst 2021: Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Problem- und Situationsanalyse
- 2021 Bildung einer Redaktionsgruppe zur Verschriftlichung von Zwischenergebnissen aus den Workshops, Veranstaltungen und Befragungen (unter Beteiligung des PfD-Begleitausschusses und des Stadtrates)
- Herbst 2021: Vorstellung der Zwischenergebnisse
- Winter 2021 bis Sommer 2022: Vorstellung Zwischenergebnisse und weitere Diskussionsrunden, Erarbeitung einer weiteren schriftlichen Vorlage
- Juni 2022: Demokratiekonferenz
- Sommer 2022 bis Sommer 2023: Workshops und Veranstaltungen zur Vorstellung des Zwischenstandes und Aufnahme von Änderungswünschen und Bedarfen
- Juni 2023: Demokratiekonferenz
- bis Sommerpause 2023: Vorlage einer neuen schriftlichen Version des Handlungskonzeptes und Einbringung in den Stadtrat
- Herbst 2023 Vorlage im Stadtrat und ggf. Verabschiedung

Zielcontrolling

Das Ziel ist erreicht, wenn ein Handlungskonzept für Demokratie beteiligungsorientiert entwickelt, schriftlich fixiert werden kann und anschließend im Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt und verabschiedet werden kann.

Weitere Rahmenbedingungen

- Verhältnis zu anderen Handlungskonzepten

Es ist möglich, dass es Überschneidungen zu anderen Handlungskonzepten gibt (wie z.B. das Handlungskonzept zur Integration). Mit den entsprechenden Akteur*innen soll daher aktiv

zusammengearbeitet werden, um Synergieeffekte zu nutzen und Doppelarbeit zu vermeiden. (Mit dem Koordinator für Integration und Zuwanderung wurden daher bereits Gespräche geführt. Er ist Mitglied im Begleitausschuss der Pfd und unterstützt das Vorhaben.)

- Vernetzung mit der ECCAR-Mitgliedschaft

Magdeburg ist seit 2011 Mitglied in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) (<https://www.eccar.info/>). Der 10-Punkte-Aktionsplan bietet eine gute Grundlage für die Erstellung eines Handlungskonzeptes. Durch die Vernetzung mit anderen Städten können über die ECCAR Erfahrungen aus anderen Städten bei der Entwicklung eines entsprechenden Handlungskonzeptes in den Prozess in Magdeburg einbezogen werden. Der von der ECCAR entwickelte „Toolkit for Equality“ (<https://www.eccar.info/en/eccar-toolkit-equality>) bietet weitere Hilfestellungen. Der Bericht, den Magdeburg zu seinen Aktivitäten für die ECCAR 2014 verfasst hat, ist eine gute Grundlage für die Bestandsaufnahme des Handlungskonzeptes (https://ratsinfo.magdeburg.de/vo0050.asp?_kvonr=220197).

- Erfahrungen aus anderen Städten

Andere Städte haben bereits ähnliche Prozesse angestoßen und entsprechende Handlungskonzepte verabschiedet. Von diesen Erfahrungen können wir in Magdeburg lernen und profitieren. Über die Vernetzungsstrukturen im Rahmen der ECCAR bzw. der Partnerschaften für Demokratie ist eine niedrigschwellige Kontaktaufnahme zu den Akteur*innen in diesen Städten möglich. (Zum Teil haben diese Städte weitere finanzielle Mittel eingesetzt, z.B. aus entsprechenden Landesprogrammen.) Zu diesen Städten zählen u.a. (jeweils mit Verweis auf die entsprechenden Unterlagen):

- Chemnitz (https://chemnitz.de/chemnitz/media/unsere-stadt/ordnung-und-sicherheit/demokratiefoerderung/lap_fortschreibung2019.pdf)
- Dortmund: „Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ (https://www.dortmund.de/de/rathaus_und_buergerservice/lokalpolitik/vielfalt_toleranz_und_demokratie/dortmunder_aktionsplan_gegen_rechtsextremismus/index.html)
- Dresden: „Wir entfalten Demokratie“ (https://www.dresden.de/media/pdf/broschueren/lokales_Handlungsprogramm_web.pdf)
- Malmö (<https://www.eccar.info/en/malmo>)

Aus weiteren Städten berichten Akteur*innen bei Vernetzungstreffen der PfdS bzw. der ECCAR, das ähnliche Vorhaben geplant sind oder vorbereitet werden.

Kontakt:

Christine Böckmann

Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg

Miteinander e.V.

Erich-Weinert-Str. 3, 39104 Magdeburg

Tel.: (0391) 620 77 43, Fax: (0391) 620 77 40

Email: netzwerkstelle-md@miteinander-ev.d